

schaft in der Sowjetunion vollzieht sich unter Mitwirkung ausländischer Kapitalien, und zwar in der Form von Krediten und Gewährung von Konzessionen... Der Aufbau der Kriegsindustrie vollzieht sich im großen und ganzen nach denselben Prinzipien, wie der Aufbau der Industrie überhaupt.

Daneben müssen wir feststellen, daß ein grundlegender Unterschied zwischen den üblichen Konzessionsbetrieben und den schon erwähnten deutschen Kriegsfabriken besteht. Die Konzessionsbetriebe kommen auf Grund eines Vertrages zwischen der russischen Regierung und den privatkapitalistischen Firmen, die sich von ihren Profitten leiten lassen, zustande. Wie steht es aber mit den drei deutschen Kriegsfabriken?

Eure Frage gestellt, daß das Reich bisher 98 % der Aktien der Junkers-Werke besitzt. (R.F. v. 25.12.26). Die Junkers-Denkschrift, die Eurer Vertreter im Hauptausschuß des Reichstages seit einem Jahr bekannt ist, und die selbst Euer Reichstagsabgeordneter Koenen in der Wiederzage des „Manchester Guardian“ zitierte (siehe „R.F.“ vom 17. 12. 26), sagt folgendes über die Errichtung der Junkersfabriken in Rußland:

„Die Junkers-Werke abzugeben, aber das deutsche Reichswaffenministerium dränge sie, diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzusehen. Die Anwesenheit sei politischer und militärischer Natur. Das war der Standpunkt des Ministers, und das Ministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Mitteln zu decken. Nur unter ständiger Druck wiederholter Versicherung von Seiten des Reichswaffenministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkers-Werke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu. Im Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswaffenministeriums, Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Das Resultat war, welches das deutsche Reichswaffenministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug 21 Millionen Goldmark. Das Ministerium bestand auf absoluter Verträglichkeit, die vier Delegierten reisten unter gemeinsamen Namen mit falschen Ausweispapieren.“

Über den Abschluß des Vertrages mit den Bolschewiki teilte Scheidemann, ohne von dem Reichswaffenministerium oder der Regierung demontiert zu werden, folgende Einzelheiten mit: „An den Verhandlungen mit der Firma Junkers am 15. März 1922 im Reichswaffenministerium nahm u. a. der General Hesse teil (General Hesse ist der Vertreter der sogenannten „Sondergruppe“ — eine besondere Abteilung des Reichswaffenministeriums, die die Verträge mit Junkers abgeschlossen hatte). Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte mit falschen Namen, ebenso wie die Offiziere, die nach und nach von Rußland reisen, mit falschen Pässen ihre Reise machen.“ (Reichstagsprotokoll. 252. Sitzung.)

Euer Reichstagsabgeordneter Koenen bestätigte die Wahrheit der Scheidemann'schen Mitteilung, daß von 1923 an zur Verfügung der sogenannten „Sondergruppe“ jährlich 70 Millionen Mark gestanden haben (s. „R.F.“ v. 17. 12. 26). Derselbe Koenen sagte im Reichstag auch, die Junkers-Denkschrift enthalte die Drohung: „Wir werden geheime Staatsverträge bekannt machen.“ (Reichstagsprotokoll. 252. Sitzung.) Offensichtlich handelt es sich hier um geheime Verträge zwischen der deutschen und russischen Regierung.

Alle diese Einzelheiten zeigen, daß die Junkers-Werke an Rußland keine Konzession oder privatkapitalistische Firma darstellt, sondern eine Verlegung der deutschen Flugzeugindustrie für militärische Zwecke nach Rußland auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen und russischen Regierung, festgelegt in geheime Staatsverträge.

Aber nicht nur die Junkers-Flugzeugfabrik wurde in Rußland auf Grund von Staatsverträgen von Deutschland und Rußland errichtet. Auf Grund von Staatsverträgen sind auch die übrigen Kriegsfabriken errichtet worden. Die „Pravda“ vom 16. 12. 26 läßt keinen Zweifel darüber. Sie schreibt:

„Es sollen im Gebiete der Sowjetunion, gemäß einer Vereinbarung zwischen den Militärbehörden der Sowjetunion und Deutschlands, einige deutsche Firmen vor einigen Jahren drei Werke errichtet werden, die Gegenstände herstellen, die für unseren (?) Schutz notwendig sind. Zu diesen Gegenständen sollen Flugzeuge, Giftgas, Geschosse usw. gehören. Wir sind nicht in die Geheimnisse unserer Militärbehörden eingeweiht (?) und wir wissen nicht (?), ob diese Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen oder nicht. Wenn wir annehmen, daß sie keine Lüge sind, so haben sie zu sich selbst keine Bedeutung.“ (Der unterstrichene Teil ist in der deutschen Übersetzung des „Pravda“-Artikels ausgelassen. (Siehe Innekorrekt. vom 31. 12. 1926).)

Jeder, der weiß, daß die „Pravda“ das Organ des Z. K. der bolschewistischen Partei ist und daß, daß ihr Chefredakteur Bucharin ein Mitglied des Politbüros des Z. K. ist und noch dazu, daß die bolschewistische Partei oder richtiger gesagt: ihr Politbüro die Diktatur in Rußland ansieht — der weiß, daß die „Pravda“ nichts an der Tätigkeit der bolschewistischen Regierung und ihres Kriegskommissariats geheim liebt. Die Tatsache aber, daß die „Pravda“ versucht, sich hinter die Rücken der deutschen und dummer Lage — daß sie nicht in die Geheimnisse des Kriegskommissariats eingeweiht ist (wie Tschitcherin hinter seiner angeblichen Uniformiertheit) — zu verschweigen, so ist das eine Beweise, daß sie nicht den Mut hat, die Tatsachen zu laugnen. Diese unaufrichtige Arbeit überläßt Bucharin offensichtlich seinen Knechtseelen aus den Redaktionen Eurer Presse.

Die Tatsache also, daß die „Pravda“ (wie auch Tschitcherin) nicht den Mut besitzt, zu laugnen, daß die deutschen Militärbehörden in Rußland gemäß einer Vereinbarung der Militärbehörden der Sowjet-Union und Deutschlands errichtet worden sind. — Diese Tatsache zeigt zu allem Überdruß, daß so viele die Junkerswerke, so die Gesamtzahl, so auch diese für Giftgas sehr wertvollen kriegswichtigen Konzessionen sind, sondern eine Verlegung eines Teils der deutschen Kriegsindustrie nach Rußland zur Bewältigung der deutschen Bourgeoisie. Das kann nicht geleugnet werden. Denn — nachdem schon bewiesen ist, daß die Kriegsfabriken in Rußland von den deutschen kapitalistischen Firmen errichtet worden sind und nach dem schon bewiesen, daß die diesen Schritt nicht nur im Interesse ihres Profits getan haben, sondern im Auftrag der deutschen Regierung mit ihren Geldern — gibt es zwei mögliche Erklärungen für die Verlegung der deutschen Kriegsindustrie nach Rußland: entweder hat die deutsche Regierung das von ihre Bewältigung getan oder aber ein Mittel, um dem von Kriegsindustrie armem Rußland zu helfen.

Ihr werdet selbst nicht glauben und auch nicht behaupten

können, daß die deutsche Regierung mit ihren Geldern Kriegsfabriken errichtet, die zur Ausrüstung und Verteidigung Rußlands dienen sollen; und das nicht, weil Rußland ein Land ist, wo angeblich das Proletariat herrscht, sondern weil keine kapitalistische Regierung umsonst ein solches Opfer selbst einem verbündeten Lande bringt. Deshalb müßt ihr zugeben, daß die Behauptung Eurer Presse, voran die „Rote Fahne“, daß Deutschland nichts aus der Produktion seiner Kriegsindustrie in Deutschland erhalten habe, eine dumme Lüge ist. Das angeführte Zitat aus dem „Berliner Tageblatt“ gesteht, daß Deutschland bis zum Locarno-Vertrag Granaten erhalten hat. Im Reichstag hat aber Scheidemann mitgeteilt, dass vom Reichswaffenministerium oder der Regierung widerlegt zu werden, daß Deutschland sogar im September und Oktober v. J. Munition erhalten hat. Er sagt:

„Die Transporte, die mit mehreren Schiffen Ende September und Anfang Oktober vorkommen sind, kamen aus Leningrad. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompanie... Die Schiffe liefen: Gotschbarz, Artyschhof und Kolberg. Ein viertes Schiff, dessen Namen ich leider vergessen habe, ist untergegangen. Das wird der Herr Reichswaffenminister Dr. Götlich mit ihren Wunsch bestätigen müssen. Die Schiffe gehörten der Stettiner Dampferkompanie. Sie wurden im Babin-Strom bei Cavewitch bei Stettin gelöscht. Die Kisten wurden in Kähne gebracht und von diesen dann in das sogenannte „Schwarze Meer“ an der Silberwiese in Stettin geschifft und in Eisenbahnwagen verladen. Die Löscharbeit führte die Firma Hank u. Schmidt aus. Die Arbeitsleute wurden zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Wie nun mitgeteilt wird, soll die kommunistische Halenzeile von diesen Vorzügen genau informiert gewesen sein. Es handelt sich um viele tausende Tonnen sehr gefährlicher Dinge, die eingeführt worden sind und die als Rüstgegenstände bzw. Aluminium dekretiert worden waren.“ (Reichstagsprotokoll. 252. Sitzung.)

Dazu kommt Euer Reichstagsabgeordneter Koenen nur folgende „sachliche“ Erwiderung geben: „Wir sind inzwischen auch den Dingen nachgegangen — was für andere Munitionstransporte auf der Ostsee herumschwimmen. Wenn wir über diese Munitionstransporte reden wollten, würde wieder das ganze Haus über „Landesverrat“ schreien und es würde dabei für die von der Sozialdemokratie bisher gestützte Geller-Redaktion nichts Günstiges herauskommen.“ („Rote Fahne“ vom 17. 12. 26.)

Dieses Schweigen Eures Vertreters Koenen im Reichstag erinnert an Euer berühmtes Schweigen von 1923 im Interesse der „stillen“ Koalition mit der Genp-Regierung und im Interesse der Verteidigung „des gemeinsamen Vaterlands“ — das Bucharin an der 15. Parokonferenz der Bolschewiki wieder gegeben hat. (Nebenbei gesagt: Die Enthaltungen über die Bewaffnung Deutschlands durch Rußland werden ein grelles Licht auf die Politik Eurer Partei 1923 und auf die Ursachen der Oktoberrevolution.) Koenen schämte sich auch nicht, sich über die Enthaltungen über die Ausrüstung Deutschlands durch Rußland zu erströmen, denn das soll „zum Schanden der deutschen Industrie“ sein. (Siehe Reichstagsprotokoll. 252. Sitzung.)

Trotzdem es momentan ist, daß die deutschen Kriegsfabriken in Rußland von der deutschen Bourgeoisie zum Zwecke ihrer Ausrüstung verlegt sind; trotzdem es momentan ist, daß Deutschland Granaten und andere Munition von Rußland erhalten hat — dem keiner wird glauben, daß die deutsche Regierung seit 1923 umsonst hunderte von Millionen für diese Fabriken verwendet hat; trotz alledem wollen wir noch beweisen, daß die Bewaffnung Deutschlands durch Rußland ein „korrekter, selbstverständlicher Vorgang“ ist, nicht nur vom Standpunkt der deutschen Bourgeoisie, wie das der Mitarbeiter der „Roten Fahne“, Graf Reventlow, bezeichnet, sondern auch vom Standpunkt der programmatischen Grundsätze der 3. Internationalen und Eurer Partei!

3. Die Ausrüstung Deutschlands durch Rußland ist eine Selbstverständlichkeit nach dem Programm der Komintern und KPD.

Auf dem 4. Kongreß der 3. Internationalen am 18. 11. 19, führte Bucharin in seinem Referat „Das Programm der Internationalen und der kommunistischen Parteien“ folgendes aus: „Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieser bürgerlichen Staaten ein anderes Bürgertum aufzuzurechnern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen, daß ist eine Frage der rein strategisch-militärischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm aufstellen.“

Bei dieser Form der Landesverletzung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, Geisern Block zum Siege zu verbinden. (Protokoll des 4. Kongresses der K. I. 1923. Verlag der K. I. S. 403.)

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Geschäftsführender Ausschuss
Klassenbewußte Arbeiter
lesen die
Kommunistische Arbeiter-Zeitung
und
„Der Kampf“

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Saha, Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Eure Führerin Clara Zetkin konkretisierte in ihrer Reichstagsrede zum Locarno-Vertrag die programmatische Erklärung Bucharins in folgender Weise:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion... Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Weik, daß es nicht unwahrscheinlich ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und dem Roten Proletariat erfolgt.“ (Reichstagsprotokoll. 127. Sitzung. S. 467/13.)

Wenn ihr im Besitz eines Tropfen Ehre wäret, müßtet ihr also zugeben, daß vom Standpunkt der Prinzipien der 3. Internationalen und Eurer Partei die Bewaffnung der deutschen Kontrorevolution durch Rußland ein „korrekter und selbstverständlicher Vorgang“ ist; denn für ein erfolgreiches Zusammengehen der Reichswehr und der „Roten“ Armeen ist das Vorhandensein von Munition die erste Bedingung. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages kann Deutschland auf seinem Boden nicht das notwendige Quantum Munition produzieren: Es blieb also nichts übrig, als daß Rußland sich einverleiben erklärte, daß auf seinem Boden Deutschland Munition produziert, und das haben die Bolschewiki und ihre Regierung getan. Trotz der Unbestreitbarkeit dieser Tatsache leugnet Euer Presse, an der Spitze die „Rote Fahne“, sie. Sie leugnet sie, weil eingestehen bedeutet, den kontrorevolutionären Charakter der russischen Außenpolitik zu bestätigen; sie leugnet sie, weil eingestehen bedeutet, den revolutionären Arbeiter zu sagen, daß das heutige Rußland nicht das Rußland von 1917 ist; es ist das Rußland der Nep-Bourgeoisie und der Kulak, dessen Außenpolitik nicht mehr die Politik der Weltrevolution ist, sondern die des Reaktions mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Euer Presse leugnet die Bewaffnung der deutschen Kontrorevolution durch Rußland und verschweigt die theoretische „Rechtfertigung“, die ihr Bucharin und Zetkin geben, weil die revolutionären Arbeiter andererseits schon wissen, daß die 3. Internationale und die KPD ein Instrument in den Händen der unheimlichen Außenpolitik Rußlands sind, das mittels der revolutionären Phrase der von ihr abblässigen 3. Internationale das Proletariat in die Arme der Bourgeoisie führt zum Bargeld mit ihr, wie das die Sozialdemokratie 1914 getan hat.

Wir schreiben Euch diesen offenen Brief, der ein lückenloser Beweis für die Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie durch Rußland ist. Die Verantwortung dafür gibt uns die demagogische Geste, die sich Euer Reichstagsfraktion geleistet hat; sie stellte den Antrag, daß man Scheidemann noch eine Stunde Redezeit gibt, damit er sein konkretes Material und seine Dokumente über die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland vortragen kann. Eure Reichstagsfraktion will sehr gut, daß es die SPD war, die mit Noske an der Spitze der Reichswehr geschaltet hat zum Kampf gegen die revolutionäre Gefahr; sie bewilligten ihr den Diat; sie ist auch durch Ebert und ihre Minister im Kabinett Wirth-Rathenau an der Politik der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland beteiligt. Eure Reichstagsfraktion sah auch die Empörung, die die Rede Scheidemanns sogar im Zentrum und bei den Demokraten auslöste, wofür Hermann Müller alles wieder gutmachen mußte. Unter diesen Umständen wählte Euer Reichstagsfraktion, daß Scheidemann und die SPD, keine neuen Tatsachen und Dokumente, sondern auch will sie damit ihren Eintritt in die Regierung ummöglich machen würden — was der Zweck ihrer Krokodilstränen über den von den „Sowjetparlament“ erschossenen deutschen Proletariat ist. Deshalb war der Antrag Eurer Fraktion demagogische Geste.

Wenn ihr aber glaubt, daß der Antrag Eurer Fraktion ernst und aufrichtig war, so habt ihr jetzt die Möglichkeit, das zu beweisen. Wenn die SPD Euch im Reichstag nicht die Möglichkeit gab, zu beweisen, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland eine Lüge ist, so wollen wir Euch mit unserem offenen Briefe die Möglichkeit geben. Wir verpflichten uns, trotz des beschränkten Raumes unserer Zeitung Euer Brief in Eurer Presse abdruckt, indem wir Euch nur eine solche Antwort erlauben, die nicht nur will sie gleichfalls unsere Offenen Briefe in Eurer Presse abdruckt, damit Euer Leser nicht nur Euer Antwort, sondern auch unsere Beweise lesen können. Raum kann kein Grund sein, diesen Offenen Brief in Eurer Presse abdruckt, denn die „Rote Fahne“ stellte mehr Raum sogar den Faschisten 4. a. Reventlow zur Verfügung; wenn ihr Euch mit der Wiederzage einzelner herausragender Sätze begnügt und auf diese Weise an einem von Euch zusammengestellten Brief antwortet, so wird das ein Beweis dafür sein, daß ihr die Wahrheit fürchtet.

8. Jahrg. Nr. 17 **Kommunistische Arbeiter-Zeitung** Preis 15 Pf.
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg
März 1927
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk. zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Die Maske herunter! Parteitag der KPD.

In der letzten Woche demonstrierte England erneut, wie anno 1924 durch die Curzon-Note, mit einer an sich belanglosen, fast nur aus Beschwörungen bestehenden Note gegen Rußland. Wie erinnertlich, war die Curzon-Note in viel schärferem Tone gehalten als die heutige. Und dennoch ist es nicht zum Kriege gekommen. Rußland ist England damals entgegengekommen und die damalige Affäre endete mit dem Auslaufen Litwinow, der Stellvertreter Tschitcherins, kündigte in einem Interview, das in der „Roten Fahne“ auch veröffentlicht wurde, an, daß Rußland bereit ist, der Wahrheit freundschaftlich Beziehungen mit England herbeizuführen, die Unterstützung Chinas zu unterlassen. Und das russische auswärtige Amt weiß ganz gut, daß die englische Bourgeoisie absolut nicht einseitig Rußland gegenüber steht. Die Haupttreiber der schärferen Tonart gegenüber Rußland sind die ehemaligen Besitzer russischer Oel- und Erzlager-Konzessionen wie z. B. Leslie Urquhart. Mit dem Moment, wo eine Einmügige dieser Gruppe der englischen Kapitalisten mit Rußland zustandekommen wird, mit dem Moment wird sich wieder der englisch-russische Himmel auflösen und die Bolschewisten ihren englischen Freund aus Herz drücken.

Die am Schluß der Note ausgesprochene Drohung, die Handelsbeziehungen abzusprechen und sogar die diplomatischen Vertreter abzurufen, gibt der bolschewistischen Presse mit der „Roten Fahne“ an der Spitze die längst ersehnte Gelegenheit, der Arbeiterschaft einen Krieg an die Wand zu malen und zugleich von der unerschütterlichen Tatsache der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland und des jahrelang gewährten Schweigens seitens der „Arbeiter“partei, der KPD, abzulenken.

Wie lächerlich es ist, anläßlich der Drohung Englands, den Handelsvertrag mit Rußland zu annullieren, den Krieg ausbrechen zu sehen, kann man ermesen, wenn man sich vorgegenwärtig, daß seit Juli 1925 der Handelskrieg zwischen Deutschland und Polen besteht. Daß immerfort Deutsche aus Polen ausgewiesen werden und die Deutschen in Polen allerlei Schikanen auszustehen haben. Würde das z. B. mit Rußen in England passieren, na, da hätten wir an jedem Wochentag einen frisch-fröhlichen Krieg gegen den „Arbeiterstaat“, aber selbstverständlich nur — in den Spalten der „Roten Fahne“. Die bolschewistische Presse merkt schließlich nicht, wie abgedroschen schon das Geschrei über den Krieg gegen Rußland bei den Arbeitern wirkt. Hier wiederholt sich die Geschichte wie in der russischen Fabel über den Schäfer und die Wölfe. Immerzu belog der Schäfer die Dorfbewohner, daß Wölfe seine Schafe fressen wollten. Er lag so lange und so oft, bis endlich mal tatsächlich die Wölfe seine Schafe überfielen, aber niemand schenkte dem Schäfer Glauben.

Und schließlich, was kümmert es das internationale Proletariat, ob ein kapitalistisches Land wie England mit einem anderen kapitalistischen Land wie Rußland die Beziehungen abbricht? Hat das internationale Proletariat keine andere Aufgaben, als um das Techtel-Mechtzel zwischen zwei kapitalistischen Partnern besorgt zu sein? Das würde den vollgestellten Nep-Männern wie den anderen Kapitalisten sehr gut in den Kram passen, aber das in Eend versinkende Proletariat ist behaft daran interessiert, den Kapitalismus aus den Angeln zu heben, und seine Macht aufzurichten!

Am Freitag, den 25. Februar d. J., erschien in der „Roten Fahne“ ein von der Zentrale der KPD, ernetztemer gemeingefährlicher Aufruf, der eine Höchstleistung der mit dem Blute der deutschen Arbeiter besetzten bolschewistischen Knechtseelen darstellt. Hier wird der Gipfel der Frechheit und Verworfenheit erklimmen. Wir glauben von tiefem Herzen, daß die Sowjetregierung... alles daransetzen wird, den Frieden zu erhalten. Jawohl, jeder Kapitalist ist daran aus innerem Interesse, den kapitalistischen Frieden zu erhalten! Dagegen beteuert Rußland seine Friederlichkeit dem Kapitalismus gegenüber. Es setzt sich ein für einen Frieden, der den langsamen, aber sicheren Hangendort für das Proletariat bringt. Besser: kann sich Rußland nicht entlarven, als durch die fortlaufende Betenung, es will den Frieden erhalten. 1920, als Rußland den Krieg gegen Polen eröffnete, da war es anders, da war man noch revolutionär, hatte man die Interessen des internationalen Proletariats im Auge! Es ist vieles anders gekommen! Heute ist es so weit gekommen, daß Freiberr v. Rheinbaben der KPD folgendes Zeugnis anstellt:

Die Parteitage der KPD sind schon immer besondere „Marktsteine“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewesen. Ein ganz besonderer „Marktstein“ wird jedoch der nunmehr aufgezogene 11. Parteitag sein. Es würde sich wahrscheinlich nicht lohnen, auch nur ein Wort darüber zu verlieren; er wird an sich ein genügend eindeutiger Anschauungsunterricht sein für die Arbeiter, die aus ihrem eigenen Erleben heraus den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen. Aber so lange es der KPD, noch möglich ist, dem Kommunismus in den Dreck zu ziehen, müssen wir gegenüber ihrem demagogischen Theaterdonner unsere Stimme erheben. Der Parteitag hat nicht den Zweck, die Erfahrungen des deutschen und des internationalen Proletariats und seiner Klassenkämpfe auszuwerten. Jeder Parteitag der KPD, der objektiv einen solchen Versuch wagen würde, würde ganz fett für null und nichtig erklärt werden. Das zeigte der 10. Parteitag der KPD, mit aller Klarheit. Er wurde, noch ehe die Delegierten ihr Material richtig in der Mappe verstaubt hatten, mitsamt seinen „einmütigen“ gefälschten Beschlüssen, seinem an den „großen Führer“ Maslow gerichteten Telegramm, seinem ganzen Tamtam von Seiten Moskaus als eine lächerliche Komödie für null und nichtig erklärt. Und es wurde auch nicht etwa ein anderer Parteitag einberufen. Man kam zwei Jahre ohne ihn aus, und würde auch noch einige Jahre auskommen. Daß er zusammentritt, und seine „einmütigen Beschlüsse“ äßt, hat seine Ursache darin, daß Moskau die Trümmer dieser KPD, noch einmal zusammenzukleistern sucht, um sie als ein Teil der Fremdenlegen des Nep-Rußland noch einmal in Marsch zu setzen.

Dieser Marsch ist ein kontrorevolutionärer. Daraus ergibt sich auch die tragikomische Rolle, die die an den Zwißrfläden der russischen Außenpolitik hängenden Figuren zu spielen haben.

Jede Partei muß es für eine proletarische Ehrenpflicht halten, eine proletarische Partei muß es als eine Frage ihrer Existenz ansehen, auf eine solche unabwehrliche Beschuldigung, wie die der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland, vom dem gesamten Proletariat eine klare, eindeutige, in der Sache unerbitlich grundsätzliche Antwort zu geben, und die Demagogie der SPD zu entlarven. Dies kann jedoch nicht nur in der monotonen Wiederholung bestehen, daß die SPD vor der eigenen Tür zu treten hat, sondern darüber hinaus müßte die KPD, auszusprechen, daß sie im Gegensatz zu Moskau Partei jeden ohne Ansehen der Person aus ihren Reihen wirft, dessen Wäsche nicht rein ist, der das Proletariat verraten hat, und noch verrät. Eine Partei, die diese innere Kraft aufbringen würde, könnte ungeachtet ihrer sonstigen Haltung zu anderen politischen und taktischen Fragen auch dem Gegner, auch der KAPD, trotz alledem imponieren. Eine solche Partei könnte als der Ausdruck eines bestimmten Teils des Proletariats ernst genommen werden, weil es dennoch nicht ausgeschlossen wäre, daß sie sich auch ideologisch weiter entwickeln könnte.

Davon kann bei der KPD, keine Rede sein. Der Parteitag wird jeden, der es wagen würde, diese Frage vom Standpunkt seiner Klasse, die er vertritt, aufzuroffen, in großen Bogen hinauswerfen. Er wird handeln nach dem Motto: Was Moskau tut, ist wolleigentlich, es bleibt gerecht sein Wille! Noch mehr: der Parteitag wird die Theorie des ungeliebten und heimtückischen Verrats, den die Arbeiterbewegung kennt, auch noch obendrein schärfen müssen. Während die KPD-Arbeitermitglieder in den Tagen der ersten „Entballung“ der SPD, feinstens überzeugt waren, daß Moskau mit einer unabwehrlichen Erklärung die Ehre der KPD, vor dem

„Damals (d. h. 1921, 1922, 1923) kämpfte der deutsche Staat — einschließlich der Sozialisten und Kommunisten (d. h. die KPD) wirklich und wahrhaftig — um seine Existenz.“ (Tägliche Rundschau vom 24. Februar 1927.) Im Gegensatz zu der Verlogenheit des, Auftrages des ZK der KPD, schreibt Freiberr v. Rheinbaben, Mitglied der Deutschen Volkspartei und letzter Freund Stresemanns, weiter: — Mag die innere Struktur beider Länder noch so verschieden sein, mögen uns auch manche diplomatischen Praktiken der Sowjeterrscher vor und hinter den Kulissen

Proletariat wieder herstellen würde, müßten sie erleben, daß nach und nach alles zugerechnet, und obendrein theoretisch „gerechtfertigt“ wird. Der Parteitag wird jeden einzelnen vor die Entscheidung stellen: Entweder mit dem Sowjetfaschisten Bucharin als dem Vertreter des russischen Nationalismus durch dick und dünn zu gehen, oder aber als „Agent Chamberlains“ aus dem heiligen Tempel gejagt zu werden. Daraus ergibt sich, daß auf diesem Parteitag alle ehrlichen und denkenden Arbeiterelemente ausgeschaltet sind! Eine Anzahl von korrupten Beamten oder solchen, die es zu werden hoffen, gibt sich dort ein Stelldichein. Das Fundament, auf dem sich dieser „Vortrupp“ stützt, ist die Massenandemung eines Teils der Arbeiter, die mit den blödesten Phrasen revolutioniert werden können. Diese Partei ist tot für die proletarische Bewegung.

Was wird demnach noch Neues, zu berichten sein? Es wird die alte Walze von der „Gewerkschaftsarbeit“ abgeleitet werden, von der „Einheitsfront“, von dem bedrohten „Arbeiterstaat“. Dieselben korrupten Elemente, die schon einer Ruth Fischer als Staffage dienten, werden dort gegen den „Antibolschewismus“ wettern, den sie auf dem 10. Parteitag irrtümlich als „höchsten Bolschewismus“ eingestuft hatten. Geschick, Thälmann, Pöhlert und wie jene Falstafffiguren alle heißen, werden befehlsmäßig ihr auswendig gelerntes Spröchlein herleien, daß unter der „literarischen Mitarbeit“ des Herrn Brandler entstanden ist. Und die alten unverwundlichen Sozialdemokraten um Meyer und Rosenberg, die schon ganz offen im Dienste der SPD, stehen, werden im Hintergrunde lächeln. Die Ruth Fischer-Opposition wird, wie das in jeder geradezu ekelerregenden Weise in ihrem Blättern zum Ausdruck kommt, auf den Knieen beteuern, daß sie bezüglich der Verlogenheit und der Hetze gegen die KAPD, alles tun will, man möge ihr doch endlich ein Obdach in einem Winkel gewähren. Man wird mit königlichem Hohn über diese Jammergestalten hinweggehen. Man wird einmal, zweimal, manchmal die „Internationale“ singen. „Rot Front“ wird dazu das nötige Kriegsgeschrei machen.

Nachdem dann unter dem Gesang der „Internationale“, unter den Rufen „Rot-Front“, die Brandler, Meyer, Thalheimer, Rosenberg, Zetkin rehabilitiert sind, durch die Thesen und Resolutionen die Vaterlandverteidigung geschmückt und der Schwur, den „Arbeiterstaat“ zu verteidigen, zum so und so vielen Male ertönt ist, nachdem außerdem die Komintaus, die Partei der chinesischen Bourgeoisie ihre Vertreter, die chinesischen Großgrundbesitzer und Bourgeois, dieselben, die die chinesischen Arbeiterkinder in ihren Fabriken bis auf's Blut peinigten, als Preisrichter der proletarischen Revolution genügend angehoht sind, werden die Statisten für die Politik der russischen Nep-Bourgeoisie und der Kulaken und ihrer Regierung nach Hause gehen, begleitet von der Musik der russischen Regierungsprelle. Und die Beamten in der KPD, werden aufatmen. Endlich, wenigstens vorderhand, wieder einmal Ruhe. Es war aber auch verdammt nötig. Dieser Pöbel von naseweisen Arbeitern soll uns doch sein Urlaub nicht versauen!

Aber helfen wird das auf die Dauer alles nichts. Die KAPD, gibt an diesem „Marktstein“ der Entwicklung der KPD, zur Sozialdemokratie erneut ihr Versprechen: Wir werden den Stein, der schon im Rollen ist, mit allen Kräften weiter stoßen, bis er durch sein eigenes Gewicht ins Stützen gerät und vor den Augen der noch gefühlsmäßig revolutionären Arbeiter in dem großen Sumpf der 2. Internationale verschwindet, und so endlich die Bahn frei wird zum Kampf für die Revolution.

wenig gefallen. — letzten Endes ist die Ueberrolstimmung deutscher und russischer Interessen doch so groß, daß die in Rapallo und in den Verträgen vom 24. April 1926 vertraglich festgelegte Linie immer wieder zu einem beträchtlichen Quantum „Gemeinsamkeit“ führen muß. Das gilt sowohl für das wirtschaftliche, wie für das politische Gebiet. Und wenn das von deutschen Standpunkt aus gesehen in diesen Jahren immer richtig war, so sind wir allerdings im Blick auf das Rußland von heute erst recht der Auffassung, daß auch die russische Politik kein anderes Ziel haben kann, als die „Rapallo-Linie“ zu halten.